

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Chancen und Grenzen der Gentechnik in der modernen Medizin**

Vor dem Hintergrund der rasanten wissenschaftlichen Fortschritte in der Bio- und Gentechnologie und deren zunehmendem Anwendungspotenzial in der modernen Medizin hat sich in der Öffentlichkeit ein breiter Diskurs entwickelt. Nicht nur die gesundheitlichen Fragen wie z. B. Fortpflanzungsmedizin, Embryonenschutz einschließlich Stammzellenforschung, genetische Diagnostik, Klonen und Eingriff in die Erbanlagen stehen im Vordergrund. Auch die ethische, soziale und gesellschaftliche Bewertung muss in dieser Debatte einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft sieht es als verfrüht an, sich bereits abschließend zu den Grenzen und Möglichkeiten von gentechnischen Verfahren in der Fortpflanzungsmedizin zu äußern.
2. Die anstehende Diskussion über die ethischen Maßstäbe einer modernen Medizin muss auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen geführt werden. Die Debatte darf nicht allein dem Bundestag überlassen werden, sondern muss auch in den Ländern geführt werden.
3. Die Bürgerschaft erwartet vom Senat, dass er den Diskurs öffentlich mitgestaltet und zur Meinungsbildung im Land Bremen beiträgt. Dies soll unter Einbeziehung von bremischen Experten und Expertinnen erfolgen. Die Diskussionsergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sowie des Nationalen Ethikrates sind dabei einzubeziehen. Die anstehenden Entscheidungsprozesse auf Bundesebene sind entsprechend mitzugestalten.
4. Die Bürgerschaft erwartet vom Senat, das Parlament bei einem eventuellen Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig einzubinden. Dies gilt insbesondere für evtl. Änderungen im Embryonenschutzgesetz und bei der Erarbeitung eines Fortpflanzungsmedizingesetzes.
5. Bei einem Beschluss über das Fortpflanzungsmedizingesetz sollte insbesondere auch eine ausdrückliche Regelung zur Präimplantationsdiagnostik in Deutschland mit aufgenommen werden. Bis dahin sind die gesetzlichen Gegebenheiten, wie das Embryonenschutzgesetz, streng zu beachten.
6. Die Bürgerschaft erwartet eine Debatte über die ethischen Grenzen des wissenschaftlich Machbaren bundesweit. Sie erwartet einen besonnenen offenen Dialog über das Für und Wider der neuen Technologien auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Sie ist sich bewusst, dass aufgrund der unterschiedlichen Ausgangspositionen keine Einheitlichkeit erreicht werden kann, erhofft sich jedoch mehr Verständnis für die gegenseitigen Standpunkte.

Waltraud Hammerström,
Dr. Käse, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU